

Substanzielles Protokoll 149. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 5. Dezember 2012, 17.00 Uhr bis 19.58 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Petek Altinay (SP), Patrick Blöchlinger (SD), Monika Erfigen (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Maleica Landolt (GLP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2012/431](#) * Weisung vom 21.11.2012: VHB
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Belvoirpark Restaurant, Seestrasse 125, Zürich-Enge
3. [2012/432](#) * Weisung vom 21.11.2012: FV
Liegenschaftenverwaltung, Opfikon (Glattpark), Verkauf von 9074 m2 Bauland an die Früh Immobilien AG und die W. Schmid & Co im Glattpark, Opfikon
4. [2012/433](#) * Weisung vom 21.11.2012: FV
Liegenschaftenverwaltung, Opfikon (Glattpark), Verkauf von 23 909 m2 Bauland an die Allgemeine Baugenossenschaft (ABZ)
5. [2012/430](#) * Einzelinitiative von Wolfgang Kweitel vom 08.11.2012: Änderung der Gemeindeordnung (GO), Aufstellung einer professionellen Reiterstaffel der Stadtpolizei Zürich
6. [2006/393](#) Weisung vom 21.11.2012: VTE
Geänderte Motion von Daniel Leupi (Grüne) und Dr. André Odermatt (SP) betreffend Velostation, Realisierung am Bahnhof Stadelhofen, Antrag auf Fristerstreckung
7. [2012/365](#) Weisung vom 03.10.2012: VIB
Stromsparfonds, Förderbeiträge aus dem Stromsparfonds, Start einer neuen Aktion zur Förderung von energieeffizienten Kühl- und Gefriergeräten, Bewilligung des Kredits

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|------------|
| 8. | 2012/301 | Weisung vom 11.07.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Strandbad Mythenquai, Ersatzneubau Gastrogebäude und Instandsetzung Uferzone/
Umgebung, Objektkredit und Ausgabenbeschluss | VHB
VSS |
| 9. | 2012/391 | E/A Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marianne Dubs Früh (SP) vom 31.10.2012:
Fahrradparkplatz beim Eingang zum Strandbad Mythenquai, Sanierung und Regelung der Bewirtschaftung | VTE |
| 10. | 2012/333 | Weisung vom 12.09.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schütze-Areal, 8005 Zürich, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillon) für die Schulanlage Kornhaus, Objektkredit | VHB
VSS |
| 11. | 2012/334 | Weisung vom 12.09.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Herzogenmühle, Quartier Schwamendingen, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillon), Objektkredit | VHB
VSS |
| 12. | 2012/335 | Weisung vom 12.09.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Kappeli, Quartier Altstetten, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillon), Objektkredit | VHB
VSS |
| 13. | 2012/336 | Weisung vom 12.09.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Balgrist, Quartier Riesbach, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillon), Objektkredit | VHB
VSS |
| 14. | 2012/337 | Weisung vom 12.09.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Nordstrasse, Quartier Wipkingen, Ersatz des Hortgebäudes Rosengartenstrasse 22 durch einen «Züri Modular»-Pavillon (ZM-Pavillon), Objektkredit | VHB
VSS |
| 15. | 2012/356 | Weisung vom 26.09.2012:
Schul- und Sportdepartement; Stiftung Volkshochschule des Kantons Zürich, Einstellung der Beitragszahlungen per Ende 2012 | VSS |
| 16. | 2012/371 | Weisung vom 24.10.2012:
Schul- und Sportdepartement, jährlicher Betriebsbeitrag der Stadt Zürich an das Schweizerische Sozialarchiv für die Jahre 2012 bis 2014 (Angleichung an die kantonalen Kostenanteile im Verhältnis ein Drittel Stadt zu zwei Dritteln Kanton Zürich) | VSS |
| 17. | 2011/9 | Interpellation von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Bruno Wohler (SVP) vom 12.01.2011:
Umbau der Tramhaltestelle Milchbuck, Kosten und Planungsmängel | VHB |

18. [2011/53](#) E/A Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 09.02.2011: VHB
Einrichtung eines öffentlichen Gastrobetriebs im Dachgeschoss des Gebäudes der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an der Börsenstrasse 15
19. [2011/199](#) A/P Motion von Marcel Schönbächler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 08.06.2011: VHB
Erstellung einer kommunalen Wohn- und Gewerbesiedlung auf dem Duttweiler-Areal
20. [2011/204](#) Interpellation von Guido Trevisan (GLP) und Alexander Jäger (FDP) vom 08.06.2011: VHB
Projekt Ringling, erneute Überprüfung der Wettbewerbsprojekte sowie Einbezug der Quartierbevölkerung
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

3359. **2012/431**
Weisung vom 21.11.2012:
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Belvoirpark Restaurant, Seestrasse 125, Zürich-Enge
- Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 3. Dezember 2012
3360. **2012/432**
Weisung vom 21.11.2012:
Liegenschaftsverwaltung, Opfikon (Glattpark), Verkauf von 9074 m2 Bauland an die Früh Immobilien AG und die W. Schmid & Co im Glattpark, Opfikon
- Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 3. Dezember 2012
3361. **2012/433**
Weisung vom 21.11.2012:
Liegenschaftsverwaltung, Opfikon (Glattpark), Verkauf von 23 909 m2 Bauland an die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ)
- Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 3. Dezember 2012

3362. 2012/430

**Einzelinitiative von Wolfgang Kweitel vom 08.11.2012:
Änderung der Gemeindeordnung (GO), Aufstellung einer professionellen Reiterstaffel der Stadtpolizei Zürich**

Dem Büro des Gemeinderats ist am 8. November 2012 vom Stimmberechtigten Wolfgang Kweitel eine Einzelinitiative eingereicht worden (vergleiche Protokoll-Nr. 3325/2012).

Die Einzelinitiative bedarf zur weiteren Behandlung der vorläufigen Unterstützung von mindestens 42 Mitgliedern des Gemeinderats (§ 139 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte [GPR] in Verbindung mit § 96 Ziff. 6 Gemeindegesetz [GG] und Art. 15 Abs. 4 Gemeindeordnung [GO]).

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative stimmt 1 Ratsmitglied, womit das Quorum nicht erreicht ist.

Das Geschäft ist erledigt (§ 139 Abs. 4 Satz 1 GPR).

Mitteilung an den Stadtrat und an Wolfgang Kweitel, Regensdorferstrasse 44B, 8049 Zürich

3363. 2006/393

**Weisung vom 23.11.2011:
Motion von Daniel Leupi und Dr. André Odermatt betreffend Velostation, Realisierung am Bahnhof Stadelhofen, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristverlängerung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR-Nr. 2006/393.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: *Wir fordern zum dritten Mal eine Fristverlängerung für die geplante Velostation am Bahnhof Stadelhofen. Wir haben schon verschiedene Plätze abgesehen, um ein privates Grundstück zu erwerben oder ein Terrain zu mieten. Doch die Situation vor Ort ist schwierig. Mit einer nochmaligen Bitte um Fristverlängerung zeigen wir, dass wir gewillt sind, das Vorhaben umzusetzen. Auch an anderen Orten in der Stadt, wo wir Velostationen errichtet haben, herrschten zu Beginn schwierige Umstände. Doch wir konnten auch hier die Knacknüsse knacken.*

Mauro Tuena (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag: *Ich kann mir nicht erklären, wie man eine Geschäftsordnung des Gemeinderats derart ausdehnen und umbiegen kann. Das Parlament darf zweimal eine Fristverlängerung geben, so steht es in der Geschäftsordnung. Maximal kann man eine Frist um zwölf Monate verlängern lassen. Jetzt beantragt der Stadtrat bereits die dritte Fristverlängerung und diese sogar um 18 Monate. Vielleicht wäre es ehrlicher, das Departement würde eine Weisung mit einem Abschreibungsantrag vorbringen.*

Weitere Wortmeldungen:

Alecs Recher (AL): Man kann ausnahmsweise eine zweite Fristerstreckung gewähren. Der Artikel wurde zum Schutze des Gemeinderats bestimmt, damit der Stadtrat nicht ewig rauszögert, was er nicht erfüllen kann oder will. In diesem Fall nehmen wir dem Stadtrat aber ab, dass er die Auflage erfüllen will. Deshalb sehen wir hier eine Ausnahme und geben dem Wunsch des Stadtrats nach. Das stellt allerdings kein Präjudiz dar, wir sind nicht in allen Fällen für eine dritte Fristerstreckung.

Mauro Tuena (SVP): Der Stadtrat will noch viel. Doch gewisse Dinge die er will, sind nicht umsetzbar. Dann muss er einsichtig sein und eine Abschreibung begründen.

Roger Tognella (FDP): Das Rechtsmittel zu öffnen, sei es auch nur in diesem einen Fall, entspricht schlicht nicht den Gepflogenheiten des Rats. Eine dritte Fristverlängerung ist nicht möglich. Wenn die Velostation nicht umsetzbar ist, muss die Motion abgeschrieben werden. Es ist falsch, deswegen die Geschäftsordnung umzubiegen.

Markus Knauss (Grüne): Der Stadtrat tut sein Möglichstes, dem benötigten Grundstück am Bahnhof Stadelhofen irgendwie habhaft zu werden. Wir wollen dem Stadtrat die Zeit geben. In diesem speziellen Fall sehen wir die Notwendigkeit ein.

Niklaus Scherr (AL): Wenn die Erfüllung einer Motion nicht nur vom Willen des Stadtrats, sondern auch von der Kooperationsbereitschaft Dritter abhängig ist, ist es purer Formalismus zu sagen, man gebe die notwendige Frist nicht. Eine Fristverlängerung kann manchmal dazu führen, dass ein Vorhaben des Parlaments besser umgesetzt wird. Einem unliebsamen Anliegen mithilfe der Geschäftsordnung zu Leibe zu rücken, ist sicher nicht die Lösung. Wir haben eine Mehrheit und innere Verfahrensbeschlüsse des Parlaments sind nicht Rekursfälle.

Michael Schmid (FDP): Es ist schon ziemlich abenteuerlich, wenn zwei Fraktionspräsidenten finden, es sei völlig in Ordnung, die seit 1999 bestehende Geschäftsordnung einmalig zu ändern. Das ist keine politische Diskussion. Die führt man, wenn geschäftsordnungskonform Fristerstreckungen beantragt sind. Dann kann man diskutieren, ob dies opportun ist. Der Antrag ist nicht unüblich, aber einfach geschäftsordnungswidrig, weshalb wir ihn ablehnen.

Roger Tognella (FDP): Es geht noch nicht einmal um die Velofrage, sondern einfach um eine Sachfrage. Will man zulassen, dass Motionen zukünftig beliebig vom Stadtrat inklusive ihrer materiellen Behandlung verschoben werden?

Guido Trevisan (GLP): Gerade die Kommission, die das Thema auf der Traktandenliste haben wird, bearbeitet gerade eine Weisung, für die der gesamte Rat keine Fristverlängerung aussprach. Es bleibt also die Frage, ob es die klügste Lösung war, dies so zu beschliessen?

Simon Kälin (Grüne): Es ist sicherlich nicht erfreulich, wenn eine Weisung mehrmals eine Fristverlängerung beanspruchen muss. Hier liegen aber begründete Ursachen vor. Der Stadtrat ist in Verhandlung und probiert, eine Lösung zu finden. Wäre es sinnvoller, erst das Geschäft sterben zu lassen, um es nachher wieder neu einzureichen, nur um den rechtlichen Ansprüchen gerecht zu werden? Das ist nicht im Sinne der Ratseffizienz.

Dr. Davy Graf (SP): Ein Gesetz ist immer da, um das Recht zu schützen. Das Recht hier ist, dass der Gemeinderat eine Motion überweisen kann und sieht, dass diese be-

handelt und entsprechend erfüllt wird. Es geht darum, dass der Gemeinderat seinen Willen gegenüber dem Stadtrat durchsetzen kann, der wiederum die Möglichkeit hat, eine Weisung oder eine Motion zurückzuhalten. Wenn der Gemeinderat als Mehrheit sich selber überlegiferiert, indem er dem Stadtrat eine dritte Chance gibt, ist das aber möglich.

Severin Pflüger (FDP): *Es geht nicht, dass wir situativ das Recht einmal so auslegen und dann wieder anders, nur weil wir der Meinung sind, dass die Mehrheit es so will.*

Niklaus Scherr (AL): *Wird die Fristverlängerung nicht genehmigt, schreibt der Stadtrat einen Bericht mit dem Inhalt, dass er das Projekt nicht erfüllen kann. Danach geht der Bericht in die Kommission und diese kann mithilfe der politischen Mehrheiten den Bericht sistieren. Der Stadtrat kann die Verhandlungen weiterführen. Oder ich reiche morgen selbst eine Einzelinitiative mit gleichem Inhalt ein.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 73 gegen 44 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 25. Februar 2009 überwiesenen Motion, GR Nr. 2006/393, von den Gemeinderäten Daniel Leupi (Grüne) und Dr. André Odermatt (SP) vom 20. September 2006 betreffend Velostation, Realisierung am Bahnhof Stadelhofen, wird um 18 Monate bis zum 24. August 2014 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

3364. 2012/365

Weisung vom 03.10.2012:

Stromsparfonds, Förderbeiträge aus dem Stromsparfonds, Start einer neuen Aktion zur Förderung von energieeffizienten Kühl- und Gefriergeräten, Bewilligung des Kredits

Antrag des Stadtrats

1. Die seit 1997 laufende Aktion zur Förderung von energieeffizienten Kühl- und Gefriergeräten, für die ein Kredit von insgesamt Fr. 5 450 000.– bewilligt wurde, wird per 28. August 2012 abgeschlossen.
2. Für die neue Aktion zur Förderung von «A++ und A+++» -Kühlgeräten wird ein neuer Kredit von Fr. 3 800 000.– bewilligt. Aus diesem Kredit werden den Personen im ewz-Versorgungsgebiet der Stadt Zürich und im ewz-Versorgungsgebiet Graubünden, die im Rahmen des Netznutzungsentgelts Abgaben und Leistungen bezahlen, Förderbeiträge an energieeffiziente Kühlgeräte gewährt. Die Förderaktion dauert bis zur Ausschöpfung der bewilligten Mittel, längstens bis zum 31. Dezember 2015.
3. Die Förderbeiträge gemäss Ziff. 2 werden rückwirkend ab 29. August 2012 gewährt.
4. Bis zum 31. Dezember 2012 betragen die Förderbeiträge für Geräte der Energieeffizienzklasse «A++ und A+++» 25 Prozent des Kaufpreises, höchstens Fr. 400.–.
5. Ab 1. Januar 2013 werden nur noch Förderbeiträge an Geräte der Energieeffizienzklasse «A+++» ausgerichtet. Der Förderbeitrag beträgt dann 25 Prozent des Kaufpreises, höchstens Fr. 300.–.

6. Den Personen im ewz-Versorgungsgebiet der Stadt Zürich und im ewz-Versorgungsgebiet Graubünden, die im Rahmen des Netznutzungsentgelts Abgaben und Leistungen bezahlen, können für maximal zwei Geräte Beiträge bewilligt werden. Wurden einer Kundin bzw. einem Kunden im Rahmen der gemäss Ziff. 1 abgeschlossenen Aktion bereits Förderbeiträge für zwei Geräte ausbezahlt, so kann im Sinne einer Ausnahme der Ersatz zweier weiterer Geräte gefördert werden, sofern diese ein Alter von über zehn Jahren aufweisen.
7. Der Stadtrat kann die Bedingungen für die Auszahlung der Beiträge einer allfälligen Änderung bei den Effizienzklassen anpassen und die Beitragshöhe bei einer starken Zunahme des Marktanteils der Geräte der Energieeffizienzklasse «A+++» angemessen reduzieren oder ganz streichen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Alexander Jäger (FDP): *Das ewz hat seit 1997 Mittel aus dem Stromsparfonds eingesetzt, um Gefriergeräte zu verbilligen. Die Geräte sind in letzter Zeit markant besser geworden, so dass sie heute nur noch einen Drittel der Energie benötigen. Dies ist deshalb erfolgreich, weil Gefriergeräte lange am Netz sind und aufgrund dessen viel Energie verbrauchen. In der Stadt leben grösstenteils MieterInnen, die Energieersparnis kommt ihnen zugute. Sie haben deshalb Interesse daran, ein gutes Gerät in der Wohnung zu wissen. Durch die Aktion will man die bisherige Vergünstigung abschliessen. Seit Ende August dieses Jahres werden keine neuen Geräte mehr vergünstigt, deshalb soll rückwirkend die jetzige Aktion starten, um Gefriergeräte der besten Kategorie zu vergünstigen. Die Mehrheit der Kommission beantragt die Zustimmung der Weisung.*

Kommissionsminderheit:

Heinz Schatt (SVP): *Die SVP lehnt eine Verlängerung zur Förderung energieeffizienter Kühl- und Gefriergeräte ab. Die Aktion läuft bereits seit 15 Jahren und hat ihren Zweck, KonsumentInnen von den energieeffizienten Geräten zu überzeugen, längst erreicht. Heute ist der Förderbeitrag von 25 % des Kaufpreises eigentlich eine Subvention, bezahlt durch die Allgemeinheit der StrombezügerInnen. Das Geld der letzten Aktion, sollte eigentlich bis 2013 reichen, ging im Sommer aber aus. Jetzt soll es rückwirkend ausgeschüttet werden. Dies ist kein Förderbeitrag, sondern ein Geschenk an die Leute, die bereits den Kühlschrank gekauft haben. 40 % der BezügerInnen des Geldes sind Private, 60 % fliessen an Genossenschaften, an städtische Einrichtungen und Immobilienverwaltungen. Die Leute, die die Wohnung mieten, können sich unter diesen Voraussetzungen gar nicht für ein Gerät entscheiden.*

Weitere Wortmeldung:

Niklaus Scherr (AL): *Die SVP moniert, dass Verwaltungen und Genossenschaften das Geld beziehen, doch gerade dies ist der Zweck der Übung. In Zürich können die MieterInnen grösstenteils nicht entscheiden, wieviel Strom ihr Kühlschrank verbraucht. Sinnvoll wäre es, im Anschluss an die Aktion neue, innovativere Möglichkeiten ins Visier zu nehmen. Die Kühlschrankaktion hatte einmal eine grosse Push-Wirkung, ist aber zunehmend am verpuffen. Der Grenznutzen ist sicher auch ökologisch abnehmend.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)
Minderheit: Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Theo Hauri (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)
Minderheit: Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Theo Hauri (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)
Minderheit: Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Theo Hauri (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)
Minderheit: Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Theo Hauri (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)
Minderheit: Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Theo Hauri (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 23 Stimmen zu.

Dispositivziffer 6

Niklaus Scherr (AL): *Gehe ich recht in der Annahme, dass laut Dispositiv 6 insgesamt vier Kühlschränke geordert werden können? Jemand der so viele Kühlschränke hat, ist nicht 2000-Watt tauglich. Wir werden in diesem Punkt Nein stimmen.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit: Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)
Minderheit: Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Theo Hauri (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 33 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit: Präsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Referent; Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Bernhard Piller (Grüne), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP)
Minderheit: Vizepräsident Heinz Schatt (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Theo Hauri (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die seit 1997 laufende Aktion zur Förderung von energieeffizienten Kühl- und Gefriergeräten, für die ein Kredit von insgesamt Fr. 5 450 000.– bewilligt wurde, wird per 28. August 2012 abgeschlossen.
2. Für die neue Aktion zur Förderung von «A++ und A+++» -Kühlgeräten wird ein neuer Kredit von Fr. 3 800 000.– bewilligt. Aus diesem Kredit werden den Personen im ewz-Versorgungsgebiet der Stadt Zürich und im ewz-Versorgungsgebiet Graubünden, die im Rahmen des Netznutzungsentgelts Abgaben und Leistungen bezahlen, Förderbeiträge an energieeffiziente Kühlgeräte gewährt. Die Förderaktion dauert bis zur Ausschöpfung der bewilligten Mittel, längstens bis zum 31. Dezember 2015.
3. Die Förderbeiträge gemäss Ziff. 2 werden rückwirkend ab 29. August 2012 gewährt.

4. Bis zum 31. Dezember 2012 betragen die Förderbeiträge für Geräte der Energieeffizienzklasse «A++ und A+++» 25 Prozent des Kaufpreises, höchstens Fr. 400.–.
5. Ab 1. Januar 2013 werden nur noch Förderbeiträge an Geräte der Energieeffizienzklasse «A+++» ausgerichtet. Der Förderbeitrag beträgt dann 25 Prozent des Kaufpreises, höchstens Fr. 300.–.
6. Den Personen im ewz-Versorgungsgebiet der Stadt Zürich und im ewz-Versorgungsgebiet Graubünden, die im Rahmen des Netznutzungsentgelts Abgaben und Leistungen bezahlen, können für maximal zwei Geräte Beiträge bewilligt werden. Wurden einer Kundin bzw. einem Kunden im Rahmen der gemäss Ziff. 1 abgeschlossenen Aktion bereits Förderbeiträge für zwei Geräte ausbezahlt, so kann im Sinne einer Ausnahme der Ersatz zweier weiterer Geräte gefördert werden, sofern diese ein Alter von über zehn Jahren aufweisen.
7. Der Stadtrat kann die Bedingungen für die Auszahlung der Beiträge einer allfälligen Änderung bei den Effizienzklassen anpassen und die Beitragshöhe bei einer starken Zunahme des Marktanteils der Geräte der Energieeffizienzklasse «A+++» angemessen reduzieren oder ganz streichen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Dezember 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2013)

3365. 2012/301

Weisung vom 11.07.2012:

Immobilien-Bewirtschaftung, Strandbad Mythenquai, Ersatzneubau Gastgebäude und Instandsetzung Uferzone/Umgebung, Objektkredit und Ausgabenbeschluss

Antrag des Stadtrats

Für den Ersatzneubau des Gastgebäudes des Strandbads Mythenquai samt neuer Erschliessung wird ein Objektkredit von Fr. 5 810 000.– bewilligt.

Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2011) und der Bauausführung.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Marianne Dubs Früh (SP): *Im Sommer wird das Strandbad Mythenquai wegen seines langen Sandstrands frequentiert, im Winter ist es eine offene Parkanlage. Das dortige Gastgebäude ist in die Jahre gekommen und weist technische Mängel auf. Auch der Platz ist beschränkt und die Anlieferung suboptimal. Nur ein Neubau kann Abhilfe leisten. Dieser passt sich mit seinem vernünftigen Raumprogramm an die anderen Gebäude an. Dazu will man auch den Seeuferweg durchgehend gestalten, weil der Sandstrand jedes Jahr weggespült wird. Hier soll ebenfalls neu gebaut werden, damit der Sand besser geschützt ist. Die Instandsetzungen sind für die Saison 2013/2014 vorgesehen.*

Kommissionsminderheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): *Es ist auch für die SVP unbestritten, dass das Restaurant der Badi Mythenquai renoviert werden muss. Allerdings schiesst die Stadtverwaltung mit einem weiteren Prestigebau über das Ziel hinaus. Der Kredit scheint uns für einen Betrieb, der nur während der Sommersaison offen hat, nicht angemessen. Ebenfalls nicht einverstanden sind wir mit dem teuren Architekturwettbewerb, auch die Instandsetzung*

der Uferzone ist eine Luxuslösung. Offensichtlich ist der künstliche Sandstrand eine Fehlkonstruktion, sonst müsste man nicht jedes Jahr für 25 000 Franken Sand neu aufschütten. Man könnte das Ufer auch einfach mit grossen Steinen von der Wiese abgrenzen. Im Hinblick auf die schlechte Finanzlage der Stadt ist das Projekt zu teuer, weshalb wir es ablehnen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit:	Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Margrit Haller (SVP)
Abwesend:	Isabel Garcia (GLP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für den Ersatzneubau des Gastrogebäudes des Strandbads Mythenquai samt neuer Erschliessung wird ein Objektkredit von Fr. 5 810 000.– bewilligt.

Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2011) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Dezember 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2013).

3366. 2012/391

Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marianne Dubs Früh (SP) vom 31.10.2012:

Fahrradparkplatz beim Eingang zum Strandbad Mythenquai, Sanierung und Regelung der Bewirtschaftung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Hans Urs von Matt (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3217/2012): Wir fordern den Stadtrat bei der Gelegenheit gerade auf, den Veloparkplatz beim Strandbad zu erneuern und die Bewirtschaftung verbindlich zu regeln. Er ist in die Jahre gekommen, die Veloständer sind fix montiert. In der Winterzeit wird der Parkplatz für ausgewasserte Boote verwendet. Dies ist zwar eine gute Doppelnutzung, aber die Veloständer müssten im Winter demontiert werden und wieder montiert für die Badesaison.*

***Dr. Thomas Monn (SVP)** begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. November 2012 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP lehnt die Sanierung ab. Wenn die Situation so prekär wäre, hätte der Stadtrat mit Sicherheit in der vorher behandelten Weisung diesen Umbau gefordert. Für die wenigen Velos ist eine solch umfassende Sanierung nicht notwendig. Zudem stellen die VelofahrerInnen ihre Velos*

sowieso dorthin, wo gerade Platz ist und im Winter stören die vorhandenen Veloständer die ausgewässerten Boote nicht im Geringsten.

Das Postulat wird mit 78 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3367. 2012/333

Weisung vom 12.09.2012:

Immobilien-Bewirtschaftung, Schütze-Areal, 8005 Zürich, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillon) für die Schulanlage Kornhaus, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf dem Schütze-Areal, bei Heinrichstrasse 240, 8005 Zürich, für die Schulanlage Kornhaus, wird ein Objektkredit von Fr. 3 830 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Nach der Submission, die 2012 durchgeführt wurde, kosten die Pavillons jetzt mehr als zwei Millionen Franken, deshalb müssen wir alle einzeln behandeln. Die neuen Pavillons sind ein bisschen grösser, weil sie ein Modul mehr umfassen. Der erste Kürzungsvorschlag, der für die meisten Projekte zutrifft, widersetzt sich der Volksaufgabe, die Betreuungsplätze in Zürich auszubauen. Mit dieser Kürzung soll jeweils auf den Betreuungsanteil verzichtet werden. Die zweite Kürzung verlangt den Betrag, den Zürich für einen Pavillon aufwendet, um 37 % zu senken. Dies aufgrund eines vorliegenden Vergleichs, indem an einem anderen Ort zu einem tieferen Preis vergleichbare Pavillons gebaut wurden. Eine Ablehnung der Weisung würde auf dem Buckel der SchülerInnen ausgetragen, die den neuen Schulraum benötigen. Deshalb ist die Mehrheit der Kommission der Meinung, dass dies nicht der Inhalt unserer Entscheidungen sein sollte.*

Kommissionsminderheit:

Ruth Anhorn (SVP): *Die Stadt wächst und auch die Anzahl der SchülerInnen steigt stetig. Vielerorts müssen Schulpavillons erstellt werden, weil über 70 % der Schulhäuser unter Schutz stehen und nicht erweitert werden können. Wir haben in einer anderen Stadt einen Vergleich gemacht und festgestellt, dass die Züri Modular-Pavillons (ZM-Pavillons) um über 30 % teurer sind. Ein Pavillon soll zweckdienlich sein und nicht in zehn Jahren auseinanderbrechen. Wir beantragen einen Kürzungsantrag und unterstützen die Weisung mit dieser Kürzung.*

Weitere Wortmeldungen:

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): *Kinder brauchen Platz und die ZM-Pavillons schaffen Platz. Die Pavillons ersetzen aber eine vernünftige Schulhausplanung nicht. Oft nehmen sie Pausenplätze weg oder Raum, den die Kinder auch brauchen. Wir sollten besser vernünftige Schulhäuser bauen, denn diese benötigen wir so oder so.*

Heinz Schatt (SVP): Die ZM-Pavillons sind viel zu teuer. Die Grundidee der Pavillons war, dass man eingeschossige, einfache und wieder demontierbare Bauten hat, damit man schnell auf den Bedarf reagieren kann. Bei zwei der folgenden Weisungen werden dreigeschossige Pavillons vorgeschlagen, wodurch sich der Brandschutz verteuert. Bei zwei anderen Weisungen soll es im Erdgeschoss Horte geben, die mit Küchen samt hohem Ausbaustandard ausgestattet werden. Noch dazu alles im Minergie-Eco-Standard. Ist das wirklich notwendig bei einem temporären Schulbau?

Claudia Simon (FDP): Wir finden es sinnvoll, wenn zukünftig in allen Weisungen mit Minergie-Standards Pro und Kontra gegenübergestellt wird. Bei den Pavillons sind wir aber der Meinung, dass man wegen der Minergie-Standards das Projekt nicht ablehnen sollte. Es ist der falsche Zeitpunkt. Die Planungen haben bereits stattgefunden und die Pavillons müssen so schnell wie möglich gebaut werden.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Der Konsens zeigt, dass niemand den Pavillons euphorisch zustimmt, aber sie sind ein gutes Instrument, dort wo die Schulraumplanung keinen kurzfristigen Bedarf decken kann.

Isabel Garcia (GLP): Tatsache ist, dass unsere Gesellschaft sich schnell entwickelt. Die Menschen zügeln und Planungen und Prognosen werden immer schwieriger. Deshalb kann man nicht nur feste Schulhäuser bauen, die eine lange Vorlaufzeit in Betracht ziehen, sondern auch provisorische. Wir sollten uns zukünftig darauf einigen, vielleicht auf eine kleinere Summe zu kommen.

Walter Angst (AL): Es behauptet niemand, dass keine Pavillons benötigt werden. Die Frage ist, ob der Stadtrat weiterhin nur mit Pavillons baut oder auch einsieht, dass es fixe Schulhäuser braucht? Weil die Kosten des Transfers so hoch sind, baut man offensichtlich die Pavillons für lange Fristen und nicht für Übergangslösungen. Bis 2019 sollen weitere 27 Pavillons gebaut werden, vermutlich alle im Minergie-Standard. Die Diskussion muss auf jeden Fall weiter geführt werden.

Heinz Schatt (SVP): Die Gebäudekosten der Pavillons liegen bei 850 bis 920 Franken/m³. Wenn man berücksichtigt, dass die Pavillons auf 25 Jahre abgeschrieben werden müssen, sind sie doppelt so teuer wie permanente Schulhäuser.

Isabel Garcia (GLP): Die Planungen finden eher kurzfristig statt, weil unsere Gesellschaft sehr flexibel ist. Es sagt niemand, dass es keine festen Schulhäuser braucht, aber auch die Pavillons sind vonnöten, denn die Kinder sollen ja nicht auf der Strasse unterrichtet werden.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Dies ist nicht der Ort, an dem wir diese Diskussion führen können. Wir stimmen über einzelne Pavillons ab und reden nicht über Pavillonsschulen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Wir stellen die Pavillons nicht nur für einen provisorischen Zustand hin. Bei der Sanierung eines Schulhauses arbeiten wir mit einfacheren Lösungen. Wir stellen Schulraum bereit, der den Anforderungen gerecht wird. Wir haben andere Ausbau- und ökologische Standards, von dem her sind die Zürcher Schulpavillons teurer als anderswo. Das ist aber auch notwendig, denn wir wollen einen vollwertigen Schulbau zur Verfügung stellen, mit einer Infrastruktur, die gleich der eines gebauten Schulhauses ist. Wir überprüfen derzeit mit dem Schuldepartement, was benötigt wird und was nicht. Auch in Sachen Ausbaustandard. Der Zeitdruck ist jedoch enorm, weil auch die Bestellungen aus den Schulkreisen sehr kurzfristig kommen. Selbst wenn wir

jährlich die Schulraumplanung novellieren, ist die Nachfrage schneller gestiegen als wir es erwartet haben.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf dem Schütze-Areal, bei Heinrichstrasse 240, 8005 Zürich, für die Schulanlage Kornhaus, wird ein Objektkredit von Fr. 2 411 900.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

- Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)
- Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Dr. Thomas Monn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)
- Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

- Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)
- Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Dr. Thomas Monn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)
- Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf dem Schütze-Areal, bei Heinrichstrasse 240, 8005 Zürich, für die Schulanlage Kornhaus, wird ein Objektkredit von Fr. 3 830 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Dezember 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2013).

3368. 2012/334

Weisung vom 12.09.2012:

Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Herzogenmühle, Quartier Schwamendingen, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillon), Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Herzogenmühle, Luegislandstrasse 300, 8051 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 2 775 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Auf der Schulanlage in Schwamendingen soll ein zweigeschossiger ZM-Pavillon erstellt werden. Die Mehrheit ist der Auffassung, dass der Bedarf gut begründet ist.*

Kommissionsminderheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): *Wir beantragen die Kürzung der Gebäudekosten um 50 %, weil die Hälfte des Pavillons auf Betreuungseinrichtungen entfällt. Wir fordern weiter, analog zu unseren vorhergehenden Voten, auch bei diesem Pavillon eine Kostenreduktion um 37 %, aufgrund zu teuer veranschlagter Baukosten.*

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): *Es geht nicht darum, dass kurzfristige Bedürfnisse nicht durch Pavillons abgedeckt werden können. Es ist aber auch nicht so, dass die SchulraumplanerInnen nicht merken, dass in einer Genossenschaftssiedlung mehr Kinder wohnen als anderswo. In Abhängigkeit der Mieten könnte man nachvollziehen, wieviel Schulraum es jetzt und in ein paar Jahren benötigt. Bei aller Flexibilität ist es nicht so, dass Familien während der Schulzeit der Kinder dreimal umziehen und quasi einen Pavillon-Wagen brauchen, um immer am richtigen Ort in die Schule gehen zu können. Die zentrale Frage, die bisher niemand beantwortet hat, ist einfach, wie umfassend wird diese Pavillon-Flotte sein?*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Herzogenmühle, Luegislandstrasse 300, 8051 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 1 459 115.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Herzogenmühle, Luegislandstrasse 300, 8051 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 2 775 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Dezember 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2013).

3369. 2012/335

Weisung vom 12.09.2012:

Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Kappeli, Quartier Altstetten, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillon), Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Kappeli, Badenerstrasse 618, 8048 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 600 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Auf der Schulanlage Kappeli soll ein dreigeschossiger ZM-Pavillon erstellt werden. Die Mehrheit ist auch hier der Meinung, dass der Bedarf gut

ausgewiesen ist. Die Frage wegen der Höhe des Gesamtbedarfs werden wir auch weiterhin auf dem Schirm haben und spätestens bei den Rahmenkrediten diskutieren.

Kommissionsminderheit:

Margrit Haller (SVP): Die SVP-Fraktion ist nicht gewillt, für so einen grossen Betreuungsanteil aufzukommen. Die SchülerInnenzahlen steigen, aber ein grosser Teil der Stellenwerte entfallen auf die Horte. Ist das finanzielle Ausmass der Betreuungskosten vorhersehbar gewesen? Sind die ZürcherInnen zukünftig gewillt, ein immer grösseres Defizit in Kauf zu nehmen? Wir beantragen, den Betrag zu kürzen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Kappeli, Badenerstrasse 618, 8048 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 2 180 800.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 24 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Kappeli, Badenerstrasse 618, 8048 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 600 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Dezember 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2013).

3370. 2012/336

Weisung vom 12.09.2012:

Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Balgrist, Quartier Riesbach, Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons (ZM-Pavillon), Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Balgrist, Balgriststrasse 55, 8008 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 2 660 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Auf der Schulanlage Balgrist soll ein zweigeschossiger ZM-Pavillon einen bestehenden, viel kleineren ersetzen. Im Namen der Mehrheit danke ich für die Zustimmung.*

Kommissionsminderheit:

Ruth Anhorn (SVP): *Das ist die einzige ZM-Pavillon-Weisung ohne Betreuung, deshalb stellen wir nur den Kürzungsantrag von 37 % auf die Gebäudekosten.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Balgrist, Balgriststrasse 55, 8008 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 2 039 140.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Dr. Thomas Monn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Dr. Thomas Monn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Balgrist, Balgriststrasse 55, 8008 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 2 660 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Dezember 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2013).

3371. 2012/337

Weisung vom 12.09.2012:

Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Nordstrasse, Quartier Wipkingen, Ersatz des Hortgebäudes Rosengartenstrasse 22 durch einen «Züri Modular»-Pavillon (ZM-Pavillon), Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Für den Ersatz des Hortgebäudes Rosengartenstrasse 22, 8037 Zürich, auf der Schulanlage Nordstrasse, Nordstrasse 270, 8037 Zürich, durch einen «Züri Modular»-Pavillon wird ein Objektkredit von Fr. 3 600 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Das Hortgebäude Rosengartenstrasse ist sehr alt und nicht mehr gut brauchbar. Dies soll ersetzt werden durch einen zweigeschossigen Pavillon. Die Kreditsumme erhöht sich durch den Ersatz des bestehenden Gebäudes zusätzlich zu den eigentlichen Gebäudekosten.*

Kommissionsminderheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): *Wir beantragen auch hier die Kürzung der Gebäudekosten um 50 % und für die generell zu hohen Gebäudekosten die Kürzung um 37 %.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für den Ersatz des Hortgebäudes Rosengartenstrasse 22, 8037 Zürich, auf der Schulanlage Nordstrasse, Nordstrasse 270, 8037 Zürich, durch einen «Züri Modular»-Pavillon wird ein Objektkredit von Fr. 2 195 750.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 24 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP) Referent; Präsident Mark Richli (SP), Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für den Ersatz des Hortgebäudes Rosengartenstrasse 22, 8037 Zürich, auf der Schulanlage Nordstrasse, Nordstrasse 270, 8037 Zürich, durch einen «Züri Modular»-Pavillon wird ein Objektkredit von Fr. 3 600 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Dezember 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2013).

3372. 2012/356

Weisung vom 26.09.2012:

Schul- und Sportdepartement; Stiftung Volkshochschule des Kantons Zürich, Einstellung der Beitragszahlungen per Ende 2012

Antrag des Stadtrats

Der Gemeinderatsbeschluss Nr. 97/443 vom 7. Januar 1998 wird per Ende 2012 aufgehoben und die gestützt darauf geleisteten Beitragszahlungen an die Stiftung Volkshochschule des Kantons Zürich werden auf diesen Zeitpunkt hin eingestellt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

Mark Richli (SP): *Die Volkshochschule hat sich umorganisiert und wird zu einer selbsttragenden Stiftung, die sich selber finanziert. Dadurch kann sie auf Beiträge der öffentlichen Hand verzichten. Sowohl Bund wie Kanton haben bereits ihre Zahlungen eingestellt, die Stadt zieht nach.*

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Anhorn (SVP), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 112 gegen 1 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Gemeinderatsbeschluss Nr. 97/443 vom 7. Januar 1998 wird per Ende 2012 aufgehoben und die gestützt darauf geleisteten Beitragszahlungen an die Stiftung Volkshochschule des Kantons Zürich werden auf diesen Zeitpunkt hin eingestellt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Dezember 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2013).

3373. 2012/371

Weisung vom 24.10.2012:

Schul- und Sportdepartement, jährlicher Betriebsbeitrag der Stadt Zürich an das Schweizerische Sozialarchiv für die Jahre 2012 bis 2014 (Angleichung an die kantonalen Kostenanteile im Verhältnis ein Drittel Stadt zu zwei Dritteln Kanton Zürich)

Antrag des Stadtrats

Dem Verein Schweizerisches Sozialarchiv wird im Sinne der Erwägungen für die Jahre 2012 bis 2014 ein jährlicher Betriebsbeitrag in hälftiger Höhe des dieser Institution vom Kanton Zürich für das betreffende Jahr ausgerichteten Betriebsbeitrags gewährt, jedoch höchstens im Umfang von Fr. 535 000.– pro Jahr.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

Christina Hug (Grüne): *Das Sozialarchiv sammelt Dokumente aller Art und macht sie öffentlich zugänglich. Der Antrag des Stadtrats ist, dass bis 2014 ein jährlicher Betriebsbeitrag geleistet werden soll, der der Hälfte von dem entspricht, was der Kanton jährlich ans Sozialarchiv zahlt. Weil sich die Beiträge noch nicht exakt beziffern lassen, steht im Dispositiv bisher nur der Maximalbetrag.*

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Ruth Anhorn (SVP), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Daniel Meier (CVP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Dr. Thomas Monn (SVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Margrit Haller (SVP)

Enthaltung: Claudia Simon (FDP)

Abwesend: Isabel Garcia (GLP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Dem Verein Schweizerisches Sozialarchiv wird im Sinne der Erwägungen für die Jahre 2012 bis 2014 ein jährlicher Betriebsbeitrag in hälftiger Höhe des dieser Institution vom Kanton Zürich für das betreffende Jahr ausgerichteten Betriebsbeitrags gewährt, jedoch höchstens im Umfang von Fr. 535 000.– pro Jahr.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Dezember 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Januar 2013).

3374. 2011/9

**Interpellation von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Bruno Wohler (SVP) vom 12.01.2011:
Umbau der Tramhaltestelle Milchbuck, Kosten und Planungsmängel**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 427 vom 13. April 2011).

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) nimmt Stellung: Vor etwa drei Jahren wurde die Tramhaltestelle Milchbuck umgebaut, weil die vorhergehende Haltestelle so gut wie baufällig war. Das Projekt ist nach wie vor viel zu teuer für ein Ergebnis, das völlig unbefriedigend ist. Der ganze Windschutz ist so schlecht, dass es immer darunter regnet. Es gibt keine Wartehäuser mehr, sondern man steht draussen im Regen. Die Tramhaltestelle ist relativ lang, wenn vorne ein Tram einfährt und hinten kommt direkt das nächste, muss man nach hinten rennen, um es noch zu bekommen. Ein grosser Teil der Sitzplätze ist nicht überdacht, sondern ebenfalls im Freien. Es wäre schön, wenn man kostenneutral Verbesserungen durchführen könnte, doch das ist leider unmöglich. So kann und sollte man nicht bauen, will man den öffentlichen Verkehr fördern.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

3375. 2011/53

Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 09.02.2011: Einrichtung eines öffentlichen Gastrobetriebs im Dachgeschoss des Gebäudes der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an der Börsenstrasse 15

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Schönbächler (CVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1095/2011): Seit langem wünscht man sich ein Seerestaurant im Raum Bürkliplatz oder Utoquai. Unlängst wurde ein Vorstoss der CVP und FDP überwiesen, eine Projektierungsvorlage auszuarbeiten für ein solches Seerestaurant im Seebecken. Doch weil das Vorhaben aus planungs- und baurechtlichen Gründen schwierig umzusetzen ist, haben wir nach Alternativen gesucht, falls das Restaurant im See nicht zustande kommt. Das Dachgeschoss der Schweizerischen Nationalbank (SNB) wird nicht mehr aktiv genutzt und wäre ideal, um einen Restaurationsbetrieb zu installieren. Das Vorhaben ist keine Konkurrenz zur anderen Weisung, sondern eine Ergänzung.

Thomas Schwendener (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 9. März 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Das Vorhaben käme schon alleine aus sicherheitstechnischen Gründen nicht in Frage. Wir lehnen so etwas Absurdes einfach ab.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Ich kann leider nicht nachvollziehen, warum zusätzlich zum Projekt Seerestaurant noch etwas gemacht werden muss. Das Seerestaurant ist eine gute Sache und soll an einem öffentlichen Ort entstehen. Hier ist jetzt Einsatz gefordert, man sollte nicht jetzt schon klein beigeben und sagen, dass es sowieso nicht realisierbar ist. Natürlich kann man mit der SNB diskutieren, ob sie die Idee gut findet. Ich zweifle jedoch daran, denn es ist ein sicherheitsrelevantes Gebäude.

Dr. Christoph Gut (SP): Die SNB wird niemals auf so eine Idee eintreten, weshalb wir ebenfalls dagegen sind.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir haben die Idee des Seerestaurants als unterstützenswert empfunden. Jetzt haben wir hier ein Postulat vorliegen, das befürchtet, dass die Realisierung des Seerestaurants schwierig werden könnte. Deshalb will man die SNB davon überzeugen, ihr ungenutztes Dachgeschoss zu einem Restaurant mit

Aussichtsterrasse zur Verfügung zu stellen. Das ist ein bisschen zuviel des Guten, weshalb wir uns klar dagegen aussprechen.

Mario Mariani (CVP): *Der Sinn eines Postulats ist es ja, dem Stadtrat einen unverbindlichen Auftrag zu geben, die Situation zu überprüfen. Wir können das nicht selber überprüfen, weil wir keinen Zugang zur SNB bekommen würden. Es ist sicher ein Postulat aus der Kreativabteilung, aber es soll ja auch anregend sein.*

Roger Liebi (SVP): *Wenn ihr selber schon nicht in die SNB hineinkommt aufgrund der dort vorherrschenden Sicherheitsmassnahmen, wie wollt ihr dann ein Restaurant im Dachgeschoss eröffnen?*

Michael Schmid (FDP): *Wir sollten gewisse Debatten auf die Hechtplatzbühne verlegen und dafür Eintritt verlangen. In dem Fall müssten wir aber den VertreterInnen der SNB und des Zürcher Denkmalschutzes Gratisbillets offerieren. Sie würden sich für die Vorstellung sicher auch interessieren.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Vielleicht kommt ja die SNB selber noch auf die Idee, dort oben irgendetwas zu machen.*

Marcel Schönbächler (CVP): *Es ist ein Prüfungsanliegen und die sicherheitspolitischen Aspekte müssen deshalb abgeklärt werden. Ich nehme mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Vorstoss wohl keine Mehrheit finden wird.*

Das Postulat wird mit 16 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3376. 2011/199

Motion von Marcel Schönbächler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 08.06.2011: Erstellung einer kommunalen Wohn- und Gewerbesiedlung auf dem Duttweiler-Areal

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Schönbächler (CVP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1398/2011): *Auf dem Duttweiler-Areal soll, im Sinne einer wirtschaftlichen Doppelnutzung, eine kommunale, allenfalls gemeinnützige Wohn- und Gewerbesiedlung realisiert werden. Das Gelände befindet sich nicht in einer schlechten Lage, das Duttweiler-Areal liegt in unmittelbarer Nähe des Turbinenplatzes und des zukünftigen Pfingstweidparks. Zürich-West soll nicht nur ein Firmenquartier sein, sondern auch ein Familienquartier. Den Waidhaldetunnel sollte der Stadtrat mit allen Mitteln bekämpfen. In Zürich-West baut man Wohnungen und Schulen, siedelt Familien an und dann soll dieser Tunnel irgendwann an der Förrlibuckstrasse herauskommen. Gerade neben der Pfingstweidstrasse, die heute schon eine Nationalstrasse ist. Das ist eine Stadtplanung, die absolut nicht nachvollziehbar ist. Eine Bebauung des Duttweiler-Areals ist sicherlich noch ein zusätzlicher Druck, dass der Tunnel dort nicht gebaut wird.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Das Postulat ist die geeignetere Form für ein Gelände, auf dem momentan noch zuviel Planungsunsicherheit aufgrund des Waidhaldetunnels besteht. Wir können jetzt keine Projektierung aufschalten, es gelten die behördenverbindlichen Richtplaneinträge. Ob es einmal eine gemischte Nutzung gibt, hängt auch davon ab, was dort an öffentlicher Nutzung zwingend notwendig ist.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Hier wurde das falsche Areal ausgewählt. Dass die Nutzung dort durch die Verwaltung unerlässlich ist, wurde bereits gesagt. Die CVP sagte bei einer anderen Weisung, in der es auch um die Pfingstweidstrasse ging, dass die Luftqualität dort so schlecht ist, dass man dringend einmal über das Schulhaus Pfingstweid nachdenken sollte. Wir lehnen den Antrag als Motion und Postulat ab.*

Dr. Davy Graf (SP): *Der Ort ist inspirierend, zum Beispiel durch das Toni-Areal, das zur Kulturmeile wird. Auf der anderen Seite ist der Technopark. Dort eine kommunale Wohnsiedlung zu bauen, sollte als Postulat geprüft werden.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Auch unter Berücksichtigung unseres notorischen Wohnraumproblems findet die Motion bei der GLP keine Unterstützung. Einerseits erachten wir den schwer belasteten Standort nicht wirklich als idealen Wohnort und denken, dass sich dieser anderswo besser eignen würde. Uns scheint der Richtungswechsel von Werkhof zu Wohnbau nicht opportun.*

Matthias Probst (SP): *Entweder wir entscheiden uns heute für eine Nutzung und unterstützen den Vorstoss. Dann müssen wir uns aber schon festlegen, was wir dort haben wollen. Oder wir lassen alles noch offen. Es ist noch nicht der richtige Zeitpunkt, sich schon festzulegen, was man dort für eine Nutzung will. Deshalb unterstützen wir die Motion nicht, sind aber bereit weiter über die Zukunft des Areals zu diskutieren.*

Mario Mariani (CVP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: *Uns scheint es wichtig, den Wert 2 in diesem Rahmen zu prüfen.*

Dr. Daniel Regli (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2012/466 (statt Motion GR Nr. 2011/199, Umwandlung) wird mit 53 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3377. 2011/204

Interpellation von Guido Trevisan (GLP) und Alexander Jäger (FDP) vom 08.06.2011:

Projekt Ringling, erneute Überprüfung der Wettbewerbsprojekte sowie Einbezug der Quartierbevölkerung

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1256 vom 5. Oktober 2011).

Guido Trevisan (GLP) nimmt Stellung: *Eine schnelle und kostengünstige Lösung für dringend benötigten Wohnraum in Zürich Rütihof wird gesucht. In der Kommunikation zwischen der Stadt, den BauträgerInnen und der Quartierbevölkerung harzt es. Man ist*

weit davon entfernt, einen konstruktiven Dialog zu führen. Die Baubewilligung für das Projekt Ringling ist durch die Baurekurskommission, wie auch das Verwaltungsgericht aufgehoben worden, da die als Notzufahrt angelegte Strasse, die mehr als hundert Wohnungen erschliesst, nicht zulässig ist. Wenn ein Projekt mit grosser Wahrscheinlichkeit über keine Mehrheit mehr in der Quartierbevölkerung verfügt, wäre es sachdienlicher alles zurückzuziehen und weitere Wettbewerbsprojekte zu prüfen, die eine schnelle und kostengünstige Lösung versprechen, anstatt stur den Weg bis zum Bundesgericht nach Lausanne zu beschreiten. Zum gemeinsamen Gestalten gehört der Mut, die Reaktionen nach der Bekanntgabe des Siegerprojektes anzuhören.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Es ist nicht so, dass der Dialog nicht geführt wurde. Die Bevölkerung wurde von Anfang an involviert. Es gibt aber einige AnwohnerInnen, die das Vorhaben boykottieren wollen, weil sie Partikularinteressen haben. Wir haben ein Projekt, das nicht allen gefällt, aber es ist uns wichtig, dass endlich die Wohnungen für Familien und ältere Leute gebaut werden.

Christine Seidler (SP): Für das Projekt haben sich mit innovativem Ansatz drei Genossenschaften zusammen getan. Dies mit dem Ziel, effizienter und kostengünstiger zu planen. Nur weil einige Leute das nicht in ihrem Quartier wollen, hat man das Projekt verhindert. Deshalb wird es verteuert und nicht, weil es ein schlechtes Projekt ist.

Dr. Daniel Regli (SVP): Bei der Abstimmung über den Baurechtsvertrag hat die FDP deutlich Ja gestimmt. Warum die Partei jetzt bei einer Verhinderungspolitik mitmacht, ist mir völlig unverständlich. Das Projekt war schon beim Bundesgericht und dieses hat den Baurechtsvertrag richtig geheissen.

Alexander Jäger (FDP): Es wäre sinnvoll, man würde nochmal von vorne anfangen, als gegen den grossen Widerstand anzukämpfen, den es im Quartier gibt. Es ist kein Mitspracheverfahren, das Projekt anschauen zu dürfen, wenn es schon ausgewählt wurde.

Guido Trevisan (GLP): Ich habe nicht behauptet, dass die Bevölkerung nicht einbezogen wurde. Auch nicht, dass wir etwas gegen das Projekt, im Sinne einer verdichteten Überbauung, vor Ort haben. Ich habe nur gesagt, dass sich der Stadtrat der Diskussion verschliesst, seit das Projekt bekannt ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Das Projekt hat eine sehr hohe Akzeptanz im Quartier, aber es gibt auch eine Gegnerschaft. Diese Gegnerschaft ist heute im Rekursverfahren. Das Projekt ist vom Verwaltungsgericht nicht wegen des Baus, sondern wegen der Verkehrsführung nochmal zurückgewiesen worden. Die Gespräche mit den BauträgerInnen haben stattgefunden und sie haben entschieden, weiter hinter dem Projekt zu stehen. Das Projekt ist momentan in der baurechtlichen Prüfung, wir warten noch auf die Rückmeldung des Kantons bezüglich des Hochwasserschutzes. Wir können es uns nicht leisten, nochmal alles aufzulösen und es so zu machen, wie die Rekurrenten es wollen.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3378. 2012/449

Postulat von Alexander Jäger (FDP) und Joachim Hagger (FDP) vom 03.12.2012: Bericht zur langfristigen Zukunft der Fernwärme in der Stadt

Von Alexander Jäger (FDP) und Joachim Hagger (FDP) ist am 3. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat einen Bericht zur langfristigen Zukunft der Fernwärme in der Stadt Zürich (Zürich West und Zürich Nord/Hochschulquartier) vorzulegen. Insbesondere soll der Bericht folgende Punkte berücksichtigen:

- Abschätzung der nachgefragten Wärmemenge im Vergleich zu heute zum Heizen von Gebäuden und zur Warmwasserproduktion vor dem Hintergrund der zunehmenden energetischen Sanierung von Liegenschaften. Angabe der zukünftigen sinnvollen Grösse von Liegenschaften für den Anschluss ans Fernwärmenetz.
- Energetische und wirtschaftliche langfristige Attraktivität der Fernwärmegebiete für die Wärmeversorgung unter der Annahme, dass langfristig im Gebäudepark eine forcierte Sanierungsstrategie umgesetzt wird. Da die relevanten Entwicklungen im Gebäudepark (Sanierungen und Ersatzneubauten) und die Wirtschaftsentwicklung in einzelnen Stadtgebieten unterschiedlich erfolgen können, ist eine spezifische Darstellung dieser Aspekte für die Fernwärmeteilgebiete Zürich Nord, Zürich West und Hochschulquartier vorzunehmen. Ferner sind auch künftig allenfalls bedeutender werdende Kältebedürfnisse von Dienstleistungskunden und deren Deckung durch die Fernwärme einzubeziehen.
- Abschätzung der nachgefragten Prozesswärmemenge für industrielle und gewerbliche Nutzung vor dem Hintergrund der Abwanderung energieintensiver Nutzer aus der Stadt.
- Erwartete Zukunft von zentralen Wärmeproduktionsanlagen und entsprechenden flächendeckenden Fernwärmenetzen vor dem Hintergrund der Zunahme von dezentralen Abwärmennutzungen, Solarkollektoren, WKK-Anlagen und anderen Wärmeproduzenten.
- Künftige Rolle von zentralen Wärmeproduktionsanlagen in der Stadt Zürich (insb. Kehricht, aber auch Einbezug der langfristigen Option tiefer Geothermie) unter Berücksichtigung der mutmasslichen Entwicklung der Kehrichtmengen im Kanton Zürich bzw. gemäss Zürcher Abfallverband und der Bedeutung der städtischen Fernwärmenetze für eine hohe Energieausbeute aus dem Kehricht, der Attraktivität allfällig neuer Fernwärmeerwartungsgebiete und Beitrag der geplanten Verbindungsleitung zwischen den Gebieten Zürich Nord und Zürich West für deren Erschliessung. Dabei sollen auch Aspekte der Konkurrenzfähigkeit der Fernwärme gegenüber anderen Versorgungslösungen wie dezentralen Abwärmennutzungen, Anergienetzen, Solarkollektoren und WKK-Anlagen einbezogen werden.
- Überprüfung der Standorte der beiden Heizkraftwerke, insbesondere die Verträglichkeit der Standorte der heutigen Kehrichtheizkraftwerke mit der sich verändernden Nutzung in deren Umgebung, die Planung des Ersatzes der Verbrennungsöfen in den jeweiligen Werken sowie das Inbetrachtziehen des Verschiebens des Kehrichtheizkraftwerkes Hagenholz in eine umliegende Gemeinde, wo Prozesswärme abgegeben werden kann.
- Strategie, ob Heizkraftwerke wärme- oder stromgeführt sein sollen.
- Zusammenstellung und Würdigung aktueller Studien zum Thema leitungsgebundener Energieversorgungssysteme.

Begründung:

Die Fernwärme beliefert in ihren Versorgungsgebieten in Zürich Nord/Hochschulquartier und in Zürich West grösstenteils Heizenergie für Wohnliegenschaften, Dienstleistungsbetriebe und Gewerbe. Im Sommer wird zunehmend auch Kälteenergie geliefert. Prozesswärme wird eher wenig gebraucht, da die energieintensiven Industrien aus der Stadt weggezogen sind.

Der Bedarf an Wärmeenergie in Wohnliegenschaften, Dienstleistungsbetrieben und auch in Gewerbebetrieben wird in der Zukunft stark abnehmen, da die Stadt Zürich die 2000-Watt-Gesellschaft als Ziel hat.

Hauptziel der Abfallentsorgung muss das Rezyklieren der Stoffe sein. Das Schliessen von Kreisläufen hat höhere Priorität als das Erzeugen von Energie aus Abfall. Evtl. können in Zukunft weitere Stoffe separat gesammelt werden und die produzierte Wärmeenergie aus Abfall zurückgefahren werden. Dies bedingt einer Planung der Energiemenge, welche durch die Fernwärme abgegeben werden soll. Die produzierte

Energie, auch aus Abfall, muss möglichst effizient genutzt werden. Es kann nicht angehen, dass Energiesparbemühungen unterlaufen werden, nur weil Fernwärmeenergie im Überfluss vorhanden ist.

Fernwärmeinfrastrukturen werden in der Regel für 70 Jahre geschaffen. Eine sorgfältige Planung deren Notwendigkeit ist somit geboten. Aus diesen Gründen ist es sinnvoll, in einem ausführlichen Bericht sich Gedanken über den Umfang des Fernwärmebedarfs der künftigen Jahre zu machen.

Mitteilung an den Stadtrat

3379. 2012/451

**Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 05.12.2012:
Strombedarf der Dienstabteilungen der Stadt, Deckung zu 100% durch
naturemade.star-zertifizierte oder gleichwertige Produkte**

Von der SP-, Grüne-, und GLP-Fraktion ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Dienstabteilungen der Stadt Zürich (inklusive Gemeindebetriebe) ihren Strombedarf zu 100% durch naturemade.star-zertifizierte oder gleichwertige Produkte decken können. Dabei sollen mindestens 5% des Stroms in Form von Solarenergie bezogen werden, wobei in Bezug auf den Solaranteil für die VBZ eine andere Lösung gewählt werden kann.

Begründung:

Die Bevölkerung der Stadt Zürich hat sich in jüngster Zeit wiederholt zu einer ökologischen Energiepolitik bekannt. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der erneuerbaren Energien, beispielsweise durch die Zustimmung zum 200-Millionen-Rahmenkredit zur Windenergie – mit einem Ja-Stimmen-Anteil von über 80 Prozent.

Deshalb steht es der Stadt Zürich gut an, ihren eigenen Energiebedarf im Sinne der Volksentscheide durch möglichst ökologisch produzierten Strom zu decken. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat der Stadtrat bereits gemacht, indem er die Stadtverwaltung "atomstromfrei" gemacht hat.

In einem weiteren Schritt soll die Stadt Zürich nun ihren eigenen Strombedarf zu 100 Prozent aus naturemade.star-zertifiziertem (oder gleichwertigem) Strom beziehen. Um die Solarenergie besonders zu fördern, soll dabei auch ein Solarstromanteil von mindestens 5 Prozent enthalten sein, wobei diesbezüglich für die VBZ angesichts ihrer besonderen Marktexponiertheit eine Ausnahme denkbar ist. Möglich ist in Bezug auf die VBZ auch, dass die Stadt Zürich den Verkehrsbetrieben die Mehrkosten gegenüber dem vom ZVV finanzierten naturemade.basic-Strom vergütet.

Mitteilung an den Stadtrat

3380. 2012/452

**Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Andreas Edelmann (SP) vom 05.12.2012:
Gründung eines neuen Verbandes der fortschrittlichen Elektrizitätswerke zur
raschen Umsetzung der Energiewende**

Von Bernhard Piller (Grüne) und Andreas Edelmann (SP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich im Rahmen seiner VSE-Mitgliedschaft verstärkt für die städtischen energiepolitischen Ziele einsetzen und zusätzlich auf die Gründung eines neuen Verbandes der fortschrittlichen Elektrizitätswerke hinwirken kann. Dieser neu zu gründende Verband soll in seiner energiepolitischen Ausrichtung eine Alternative zum VSE darstellen. Ziel des neu zu gründenden Verbandes ist eine raschest mögliche Energiewende, die eine Stromversorgung mit ausschliesslich erneuerbaren Energien garantiert.

Begründung:

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) ist bekannt für seine energiepolitisch zögerliche Positionierung. Immer wieder äusserte sich der VSE in der Vergangenheit klar für die Nutzung der Atomenergie. Auch in der heutigen energiepolitisch neuen Zeit sind vom VSE primär skeptische und bremsende Äusserungen zur Energiewende zu vernehmen. Diese Politik steht im Widerspruch zu den Zielen der

Stadt Zürich, deshalb verlangen wir ein verstärktes Engagement des ewz innerhalb des VSE. Zudem sind wir der Auffassung, dass es eine Alternative zum VSE braucht. Es braucht einen Verband, der sich klar zum Atomausstieg bekennt, der sich auch ohne wenn und aber für die Energiewende und damit für eine 100% erneuerbare Stromzukunft einsetzt. Der also eine Politik vertritt, die der Mehrheit des Zürcher Stimmvolks und damit auch der Gemeindeordnung der Stadt Zürich entspricht. Auf diese Weise kann das ewz 117 Jahre nach der Mitbegründung des VSE erneut am Aufbau – vielleicht zusammen mit anderen fortschrittlichen Stadtwerken – eines wichtigen Verbandes mitwirken und so seinen in der Schweizer Stromlandschaft wichtige Stimme wirkungsmächtiger Gewicht verleihen.

Mitteilung an den Stadtrat

3381. 2012/453

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 05.12.2012:
Regionale Standortförderungsorganisation «Greater Zurich Area» (GZA), Verzicht auf grundrechtswidrige Argumente**

Von Rebekka Wyler (SP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er dafür sorgen kann, dass sich die regionale Standortförderungsorganisation "Greater Zurich Area" (GZA) verbindliche Leitlinien gibt, die garantieren, dass in der Standortförderung keine grundrechtswidrigen Argumente mehr angeführt werden, um Firmen in den Wirtschaftsraum Zürich zu locken.

Begründung:

Gemäss Zeitungsmeldungen in der Schweiz (NZZ vom 23. November 2012) sowie zahlreichen Medienberichten in Belgien hat die GZA kürzlich einen Werbebrief an Unternehmen mit Niederlassungen in Belgien gerichtet, worin die angeschriebenen Firmen aufgefordert werden, über eine Sitzverlagerung in die Region Zürich nachzudenken. Im Brief wird unter anderem die Stabilität des Wirtschaftsstandorts Zürich als Argument für eine Standortverlagerung angeführt – mit Verweis auf den Bahnstreik in Belgien im Oktober dieses Jahres! Ein Streik – verfassungsmässiges Recht auch von Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – ist offenbar in den Augen der GZA ein Argument, den Sitz ins "ruhige" Zürich zu verlegen. Diese Argumentation ist inakzeptabel. Es darf nicht sein, dass die Standortförderung derartige Argumente verwendet, um Firmen nach Zürich zu locken. Hinzu kommt, dass eine solche Aktion nicht wirklich Werbung für Zürich ist, sondern rufschädigend wirken kann und damit das Gegenteil dessen erreicht, was die GZA eigentlich anstrebt.

Sobald die notwendigen schriftlichen Unterlagen in Form verbindlicher Leitlinien vorliegen, kann der Stadtrat den vertraglich zugesicherten Beitrag an die GZA (GR 2011/326) mittels Zusatzkredit beantragen.

Mitteilung an den Stadtrat

3382. 2012/454

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 05.12.2012:
Ausbau der Schuldenprävention an der Oberstufe und an den Berufsschulen**

Von Rebekka Wyler (SP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei den Betreibungsämtern zweieinhalb Stellen geschaffen werden können, um die Schuldenprävention an der Oberstufe und an den Berufsschulen auszubauen. Dazu ist ein entsprechendes Konzept mit zugehörigem Material auszuarbeiten, das an halbtägigen Schulbesuchen den Schülerinnen und Schülern vermittelt wird. Letztere sind dabei aktiv einzubeziehen.

Begründung:

Die Verschuldungsquote von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist erschreckend hoch. Gemäss Studien haben knapp 40 Prozent der 18- bis 24-jährigen in der Deutschschweiz Schulden. Dies zeigt, dass vielen Jugendlichen die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten im Umgang mit Geld fehlen. Es braucht ein Schuldenpräventionskonzept, das sich explizit an Jugendliche und junge Erwachsene der Oberstufe wendet und von Fachleuten entsprechend vermittelt wird. In der Mittelstufe soll das Thema im normalen Schulunterricht thematisiert werden.

Das nötige Wissen im Umgang mit Geld ermöglicht es, Schulden zu vermeiden. Die Schuldenprävention stärkt die Eigenverantwortung der Betroffenen. Mit relativ geringem Aufwand können hohe Folgekosten (Sozialhilfe) und soziales Elend vermieden werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3383. 2012/455

**Postulat von Simone Brander (SP) vom 05.12.2012:
Umgestaltung der Stadt Zürich in eine «essbarere Stadt»**

Von Simone Brander (SP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich in eine «essbarere Stadt» umgestaltet werden kann. Dabei soll zukünftig insbesondere Wechselflor mit standortgerechten, ökologisch sinnvollen, essbaren und ästhetischen Nutzpflanzen gestaltet werden, die von der Bevölkerung geerntet werden können.

Begründung:

Öffentlicher Wechselflor bietet meistens nur etwas fürs Auge und könnte auch für ein Museum statt für den Alltag der Bevölkerung gestaltet sein. Zudem wiederholt sich die Bepflanzung an vielen Orten Jahr für Jahr. Man hat häufig das Gefühl, dass Ideenreichtum wie auch Wohlfühlcharakter bei der Gestaltung von Blumenbeeten, Baumscheiben, Kreiseln, Strassenrändern vielfach auf der Strecke bleiben. Der Nutzen für die Bevölkerung beschränkt sich auf die Ästhetik und auf den Einfluss auf das Stadtklima. Dass es auch anders geht, zeigt z. B. Andernach, die erste «essbare Stadt» Deutschlands.

Im Gegensatz zum allgemein üblichen Wechselspiel klassisch bepflanzter Blumenbeete, vereint das Konzept der «essbaren Stadt» neben der optischen Aufwertung der städtischen Grünanlagen Nachhaltigkeit, Förderung der Artenvielfalt, wie auch Verbesserung von Lebensqualität und Lebensfreude sowie Gemeinschaftssinn in der Bevölkerung. Die Bevölkerung soll die Stadt Zürich auch als ihren Garten sehen und wo möglich, sich auch an der Pflege beteiligen können. Pflücken ist für alle erlaubt.

Positiver Nebeneffekt: durch die Umsetzung des Konzepts der «essbaren Stadt» konnten in Andernach zudem die Pflegekosten für den Unterhalt der Grünflächen erheblich gesenkt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3384. 2012/456

**Postulat der Grüne-Fraktion vom 05.12.2012:
Elektronische Publikation sämtlicher Jahresberichte der städtischen
Dienstabteilungen zur Senkung der Druckkosten und des Papierverbrauchs**

Von der Grüne-Fraktion ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, künftig sämtliche Jahresberichte der städtischen Dienstabteilungen grundsätzlich nur noch auf elektronischem Web zu publizieren und nur auf Bestellung in Papierform abzugeben. Damit sollen der Papierverbrauch reduziert und die Druckkosten gesenkt werden.

Begründung:

In der Stadt Zürich gibt es 51 Dienstabteilungen. Die meisten von ihnen geben einen Jahresbericht oder einen Zweijahresbericht heraus, der zum Teil aufwändig gelayoutet und prächtig gedruckt daherkommt. Diese werden zumeist breit gestreut ohne dass Kenntnis darüber besteht, wie viele der Empfänger diese Drucksachen tatsächlich lesen. Es darf angenommen werden, dass ein grosser Teil von ihnen ungelesen im Altpapier landen. Dies ist sowohl aus ökologischer wie auch aus finanzieller Sicht unerwünscht.

In der Privatwirtschaft und im Non Profit-Markt sind bereits diverse Firmen und Organisationen dazu übergegangen, ihre Jahres- und Geschäftsberichte nicht mehr in Broschürenform zu drucken und sie nur noch über ihre Webseite zu publizieren. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zum papierlosen Büro, welches klar die Lösung der Zukunft ist. Auch der Stadt Zürich steht es gut an, hier Schritt zu halten und auf die überflüssige Produktion gedruckter Jahresberichte zu verzichten. Für das Studium der Jahresberichte genügt die elektronische Version, die ja schon heute im Web abgelegt wird, vollauf.

Denjenigen, die ausdrücklich die papierene Form bevorzugen, soll noch diese Möglichkeit aber weiterhin offen stehen.

Der Gemeinderat der Stadt Zürich hat im übrigen mit der Überweisung des Postulats 2011/233 bereits ein wichtiges Zeichen gesetzt, dass er selber bereit ist, auf den Erhalt gedruckter Publikationen zu verzichten und sich die entsprechenden Informationen auf elektronischem Weg einzuholen.

Mitteilung an den Stadtrat

3385. 2012/457

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 05.12.2012:
Verzicht auf das Verkehrsprojekt an der Sihlstrasse / Uraniastrasse**

Von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf das von ihm skizzierte Verkehrsprojekt an der Sihlstrasse / Uraniastrasse im Zürcher Stadtkreis 1 verzichten kann.

Begründung:

In der Zürcher Innenstadt herrscht sehr dichter Verkehr. Gerade an der Sihlstrasse in die eine Richtung und der Uraniastrasse in die andere Richtung ist das Verkehrsaufkommen gross. Für rigorose Strassensperrungen fehlt eine Umfahrungs- oder Unterfahrroute.

Mitteilung an den Stadtrat

3386. 2012/458

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 05.12.2012:
Projektverzicht Masterplan Velo**

Von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf das Projekt Masterplan Velo verzichten kann.

Begründung:

Gemäss einer Medienpräsentation des Stadtrats soll in den nächsten Jahren ein Projekt namens Masterplan Velo umgesetzt werden. Hierfür sollen Trottoirs verschmälert, Baumalleen gefällt und 1000 Parkplätze abgebaut werden. Zudem kostet die Umsetzung dieses Projektes in den nächsten Jahren gesamthaft 67 Millionen Franken. Geld, welches momentan kaum zur Verfügung steht.

Mitteilung an den Stadtrat

3387. 2012/459

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 05.12.2012:
Verzicht auf das Veloprojekt im Stadttunnel unter dem Hauptbahnhof**

Von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er den bereits bestehenden Stadttunnel unter dem Hauptbahnhof Zürich nicht voreilig für Velofahrende bereitstellen kann.

Begründung:

Gemäss Medienmitteilung des Stadtrats plant dieser, die Sihlstrasse verkehrsfrei zu gestalten. Zugleich soll die Uraniastrasse in zwei Richtungen befahren werden können. Falls diese Projekte tatsächlich realisiert

werden sollen, braucht es entsprechende Ausweichrouten. Prädestiniert hierfür ist der Stadttunnel unter dem Hauptbahnhof Zürich. Dieser will der Stadtrat aber bereits jetzt ausschliesslich Velofahrenden zur Verfügung stellen.

Mitteilung an den Stadtrat

3388. 2012/460

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) vom 05.12.2012:
Verzicht auf die behindertengerechte Umgestaltung der Tramhaltestelle an der
Tannenstrasse**

Von Mauro Tuena (SVP) und Kurt Hüsey (SVP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf die so vom Tiefbauamt geplante behindertengerechte Umgestaltung der Tramhaltestelle an der Tannenstrasse, zwischen der Leonhardstrasse 27 und der Rämistrasse 2, verzichtet werden kann.

Begründung:

Für Behinderte ist die jetzt so geplante Umgestaltung keine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation. Entsprechend haben Behindertenorganisationen auch Einsprache gegen das geplante Projekt gemacht.

Mitteilung an den Stadtrat

3389. 2012/461

**Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Baumer (FDP) vom 05.12.2012:
Masterplan Velo, Verzicht auf die Ausgaben für die «übrigen Handlungsfelder»**

Von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Baumer (FDP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf die Ausgaben von 12 Mio. für die „übrigen Handlungsfelder“ im Rahmen des Masterplan Velo verzichtet werden kann.

Begründung:

Der am 8. November 2012 vom Stadtrat präsentierte „Masterplan Velo“ umfasst neben Infrastrukturausgaben von 55 Mio. Franken in den nächsten zwölf Jahren weitere 12 Mio. Franken für sog. „übrige Handlungsfelder“. Hierbei handelt es sich um Prävention, Schulungen, Fahrkurse, Kommunikation, Grossanlässe u. a. Wer in der Stadt Zürich aber Velo fährt, tut dies, wenn/weil dies praktisch, komfortabel und sicher ist – und nicht, weil es einem der Staat einbläut, weil es angeblich „gut“ ist, und weil man irgendwann mal ein Feuchttüchlein erhalten hat. Aufgrund solcher Massnahmen wird kein vernünftiger Mensch auf das Velo umsteigen.

Auch Grossanlässe wie Multimobil ziehen ganz offensichtlich Bevölkerungskreise an, die nicht im Sinne des Stadtrates überzeugt werden müssen. Und eine – sicherlich unterhaltsame – Fahrt mit einem muskelbetriebenen Spassmobil wird die alltägliche Verkehrsmittelnutzung eines Einzelnen nicht nachhaltig beeinflussen.

Will man aber die Sicherheit der Velofahrenden mittels Fahrkursen und Schulungen verbessern, so dürfte neben Infrastrukturmassnahmen eine unentgeltliche Schulung von Auto- und Lastwagenfahrern sowie die konsequente Verfolgung von Verkehrsregelmissachtungen aller Verkehrsteilnehmer wesentlich wirksamer sein.

Der Stadtrat darf davon ausgehen, dass unsere Stadtbevölkerung sehr wohl in der Lage ist, sich aufgrund von Fakten und verfügbaren Infrastrukturen selbständig und eigenverantwortlich für das jeweils geeignetste Verkehrsmittel zu entscheiden. Jegliche Form von Indoktrination dürfte deshalb wirkungslos verpuffen, weshalb auf die Ausgaben für die „übrigen Handlungsfelder“ vollumfänglich zu verzichten ist. Das Geld kann andernorts besser investiert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3390. 2012/462

Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) und Mario Mariani (CVP) vom 05.12.2012:

Vereinfachung und Optimierung der Bewilligungsverfahren, insbesondere für schulische Umbauten

Von Markus Hungerbühler (CVP) und Mario Mariani (CVP) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Bewilligungsverfahren generell, insbesondere aber für schulische Umbauten, wie beispielsweise der Horteinbau in bestehende Gebäude, vereinfacht und optimiert werden kann.

Begründung:

Obwohl die meisten Vorschriften kantonal geregelt sind, verbleibt der für den Vollzug zuständigen Gemeindebehörden oft ein erheblicher Ermessensspielraum. In letzter Zeit ist zunehmend der Eindruck entstanden, dass dieser Ermessensspielraum oft nicht oder dann höchstens zuungunsten der Schule ausgelegt wurde. Heute wird beispielsweise in den städtischen Horten das Essen fertig vorbereitet und vakuumiert angeliefert. Die neuen Regenerierwagen stellen bezüglich Abluft usw. keine Probleme mehr dar. Die Vorschriften des städtischen Gesundheitsamtes (UGZ) berücksichtigen solche Entwicklungen zu wenig und werden aus unserer Sicht zu streng ausgelegt.

Nebst den höheren Kosten benötigen solche Anlagen meistens mehr Raum, der dann für die Einrichten der Schule oft fehlt.

Unter anderem orten wir in diesem Bereich ein hohes Optimierungspotential. Verschiedene Landgemeinden liefern den Beweis, dass ein vernünftiger und angemessener Umgang mit den Vorschriften oft zweckmässige und insbesondere kostengünstigere Resultate ergibt.

Mitteilung an den Stadtrat

3391. 2012/463

Postulat von Walter Angst (AL) vom 05.12.2012:

Errichtung eines verwaltungsinternen Baucontrollings ausserhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen

Von Walter Angst (AL) ist am 5. Dezember 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ausserhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen (insbesondere AHB, Immo, AFS) ein verwaltungsinternes Baucontrolling eingerichtet werden kann. Das Baucontrolling soll den beschlussfassenden Instanzen in Form von Mitberichten Aussagen zu den Kosten machen und die Planerinnen und Planer bei der Erarbeitung von Projekten mit gutem Preis-Leistungs-Verhältnis unterstützen.

Begründung:

Als Antwort auf die Kritik an den hohen Baukosten will der Stadtrat die Fachstelle Projektökonomie im Amt für Hochbauten ausbauen. Eine solche Fachstelle kann nützlich sein. Ein echtes verwaltungsinternes Baucontrolling als Ergänzung zu den sich in Finanzkontrolle mit Bauprojekten befassenden Controller/-innen muss jedoch nach dem Vorbild des IT-Controllings ausserhalb der mit Hochbauprojekten befassten Dienstabteilungen eingerichtet werden. Es bestehen berechnete Zweifel, dass die Umsetzung der Baustrategien (zB. Zürich baut gut und günstig) ohne ein solches Controlling möglich ist.

Mitteilung an den Stadtrat

3392. 2012/464

Interpellation von Marc Bourgeois (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 05.12.2012:

Masterplan Velo, Finanzierung der Umsetzung sowie Bestimmung der Vergleichsgrössen zur Messung der Zielerreichung

Von Marc Bourgeois (FDP) und Roger Tognella (FDP) ist am 5. Dezember 2012 folgende Interpellation eingereicht worden:

Der am 8. November 2012 präsentierte „Masterplan Velo“ strebt nach Aussagen des Stadtrates eine Verdoppelung der Velonutzung bis ins Jahr 2025 an. Er umfasst Infrastrukturausgaben von 55 Mio. Franken und Ausgaben für übrige Handlungsfelder in der Höhe von 12 Mio. Franken. Dabei handelt es sich um zusätzliche Ausgaben, denen keinerlei Einnahmen gegenüberstehen.

Gleichzeitig will der Stadtrat das bisherige Messsystem „Mikrozensus“, das nicht die politisch erwünschten Resultate geliefert hat, durch ein genauso nichtssagendes Messsystem ersetzen. Wenn die Stadt Velorouten erstellt oder optimiert und dort gleichzeitig Velozählstellen einrichtet, misst sie in den ersten Jahren zwangsläufig eine deutliche Zunahme des Veloverkehrs. Gleichzeitig dürfte auf den umliegenden Routen aber eine Abnahme desselben zu verzeichnen sein.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Auch die Stadt kann jeden Steuerfranken nur einmal ausgeben. In welchen anderen Bereichen gedenkt der Stadtrat, die 67 Mio. Franken für den „Masterplan Velo“ einzusparen?
2. Mit welchen (quantitativen) Vergleichsgrössen, die auch heute in zuverlässiger Form zur Verfügung stehen, will der Stadtrat im Jahr 2025 messen, ob er sein Ziel erreicht hat? Kann der Stadtrat konkrete Zielwerte nennen?
3. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst, dass das neue Velo-Zählstellennetz zwar längerfristig und bei einem einigermaßen statischen Veloroutennetz wertvolle Informationen liefern kann, hinsichtlich der Zielerreichung des „Masterplan Velo“ aber keine zuverlässigen Aussagen zulässt?
4. Hält es der Stadtrat für zweckmässig, nicht zuverlässig überprüfbare, quantitative Ziele zu setzen?

Mitteilung an den Stadtrat

Die 14 Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

3393. 2012/465

Schriftliche Anfrage von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 05.12.2012:

Ausbau der Nordumfahrung, städtebauliche und ökologische Aufwertungsmassnahmen

Von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Thomas Wyss (Grüne) ist am 5. Dezember 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In seiner Antwort auf die Anfrage 2008/405 zum Ausbau der Nordumfahrung auf sechs Spuren nahm der Stadtrat Stellung zu möglichen städtebaulichen und ökologischen Verbesserungen. Er setzte sich dabei vor allem für die Überdeckung im Bereich Katzenssee ein. Die notwendigen Kredite für diese 580 Meter lange Überdeckung wurden am 28. November 2011 von der städtischen Bevölkerung und im März 2011 vom Kantonsrat beschlossen. Weitere Überdeckungen im Bereich Köschenrüti und zwischen Stiglentunnel und Ausfahrt Seebach wurden offenbar vom zuständigen Bundesamt für Strassenwesen (Astra) nicht übernommen. Der Stadtrat äusserte sich negativ zu einer Verlängerung des Stelzentunnels und führte aus: „Im Rahmen der Beurteilung des Auflageprojekts wird jedoch zu prüfen sein, ob und in welchem Umfang Lärmschutzwände im Projekt integriert sind und ob weitere Massnahmen nötig sind, um den lärmschutzrechtlichen Anforderungen zu genügen.“

Durch die Erweiterung des Nordrings auf sechs Spuren wird die heutige Schneise durch die Wohngebiete und das Erholungsgebiet zwischen Schaffhauser- und Birchstrasse noch breiter. Die Wohnhäuser sind zum Teil

direkt an die Autobahn gebaut und das Erholungsgebiet wird durch die Autobahn zerrissen. Bereits heute ist die Belastung durch Fluglärm, Autobahn und Starkstromleitung in diesem Teil der Stadt massiv. Es wäre aus städtebaulicher und ökologischer Sicht wichtig, durch eine Überdachung oder zumindest eine breite Ökobrücke über die Autobahn und durch die Verlegung der Starkstromleitung in den Boden das Quartier zu entlasten. Diese Aufwertungsmassnahmen würden auch der Erweiterung der Sportanlage Eichrain auf der Nordseite dieses Autobahnabschnittes zugutekommen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welchen Planungsstand hat das Projekt Ausbau Nordumfahrung heute und welche Massnahmen sind mit Blick auf Städtebau, Lärmschutz und Ökologie im Bereich zwischen Birchstrasse und Stelzentunnel vorgesehen?
2. Welche Massnahmen hat der Stadtrat seit Beantwortung der Anfrage 2008/405 zugunsten dieses Gebiets getroffen? Wir bitten um eine Auflistung.
3. Ist der Stadtrat bereit, sich für zusätzliche Massnahmen einzusetzen, insbesondere für eine Überdachung der Autobahn oder eine breite begrünte und begehbare Brücke im Bereich zwischen Birch- und Schaffhauerstrasse und für weitere Aufwertungsmassnahmen wie etwa die Erdverlegung der dort verlaufenden Starkstromleitung?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3394. 2012/309

**Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) vom 22.08.2012:
Publikation «Analyse fest im Sattel – der Veloverkehr in der Stadt Zürich», Hintergründe zu den festgestellten Fakten**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1486 vom 21. November 2012).

3395. 2012/310

**Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Marina Garzotto (SVP) vom 22.08.2012:
Lärmbelastung und Littering rund um den Idaplatz, behördliche Praxis bezüglich den Bewilligungen und Kontrollen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1482 vom 21. November 2012).

3396. 2012/321

**Schriftliche Anfrage von Marcel Schönbächler (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 29.08.2012:
Stadion Letzigrund, Kosten und Nutzungskonzepte im Hinblick auf den Bau des Fussballstadions auf dem Hardturmareal**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1487 vom 21. November 2012).

Nächste Sitzung: 12. Dezember 2012, 14.15 Uhr.